

Stettiner Zeitung.

Preis in Stettin vierteljährlich 1 Thlr., monatlich 10 Sgr., mit Botenlohn vierteljährlich 1 Thlr. 7 1/2 Sgr., monatlich 12 1/2 Sgr., für Preußen vierteljährlich 1 Thlr. 5 Sgr.

Deutschland.

Berlin, 2. März. Die Anwesenheit der beiden nord-deutschen Kriegsschiffe „Kover“ und „Mosquito“ in Lissabon hat den dort lebenden Deutschen Veranlassung zu einem Feste gegeben, bei welchem dem Grafen Bismarck ein donnerndes Lebehoch gebracht worden ist. Die Mitteilung von diesem „Hohe“ ist dem Grafen Bismarck auf telegraphischem Wege gemacht worden. Man sieht auch daraus, mit welcher Freude von den im Auslande lebenden Deutschen die Entwicklung der deutschen Marine betrachtet wird. — In österreichischen Blättern wird das Gerücht mitgeteilt, daß in Preußen während des letzten Krieges ähnliche Unterfälle, wie früher in Oesterreich vom General v. Synatten verübt worden seien. Die Nachricht ist vollständig unbegründet. Sie scheint überhaupt nur eine Wiederholung oder Ausschmückung von früher in preussischen Blättern kursierenden Gerüchten zu sein, die seiner Zeit schon als unbegründet widerlegt worden sind. — Wie sehr die Geschäfte in Frankreich darniederliegen und wie wenig Vertrauen in den dortigen Verhältnissen ist, beweist der dortige Bankausweis, nach welchem der Baarbestand der Bank in der Zeit vom 20. bis 27. Februar um 17 Mill. Francs zugenommen hat. Man bringt also das Geld in der Bank unter, weil man es nicht anders placieren kann. — Die „Köln. Ztg.“ macht sich in einem Artikel aus Wien zum Anwalt der Auffassungen, nach denen Preußen nicht berechtigt sein soll, die Ausführungen des Vertrages mit dem König Georg zu sistiren. Die Gründe, die für diese Auffassung vorgeführt werden, können indessen hier nicht entscheidend sein, wo es sich um keine privatrechtliche, sondern um eine politische Frage handelt. Es kann dem König Georg allerdings nicht vorgeworfen werden, daß er den Vertrag nicht erfüllt habe, aber darum handelt es sich hier auch nicht. Es handelt sich vielmehr um eine feindselige Stellung, um einen Kriegszustand, in den sich König Georg gegen Preußen versteht und der selbstverständlich, wie das immer und überall der Fall gewesen ist, die geschlossenen Verträge aufhebt. — In einer Korrespondenz der „Bresl. Ztg.“ wird nach dem gewöhnlichen Manöver, demokratische Nachrichten auf konservative oder offiziöse Quellen zurückzuführen, gemeldet, daß man in konservativen Kreisen wissen wolle, der Graf Bismarck werde dem Zollparlament gegenüber eine große Zurückhaltung annehmen. Der fortschrittliche Korrespondent will aufgefodert worden sein, diese Nachricht zu widerlegen. Von wem, sagt er nicht; das ist auch Nebenfrage, Hauptsache ist das oben erwähnte auch hier wieder eingeschlagene Manöver. Dasselbe hat nämlich den doppelten Zweck, die öffentliche Meinung durch falsche Nachrichten zu beunruhigen und diese beunruhigenden Nachrichten, wenn sie sich als unbegründet herausgestellt haben, dann den Konservativen oder Offiziösen in die Schuhe zu schieben. Das Manöver ist indessen schon etwas abgenutzt und will nicht recht mehr gelingen. — Die diesjährige Session des Landes-Deconomie-Kollegiums ist heute früh um 10 Uhr durch den Minister der landwirtschaftlichen Angelegenheiten Hrn. v. Selchow eröffnet worden. Bald nach der Eröffnung erschien der Kronprinz und folgte bis 1 1/2 Uhr den Verhandlungen mit großer Aufmerksamkeit. Der erste Gegenstand, welcher auf der Tagesordnung stand, betraf die Vorlage des Ministers wegen Maßregeln gegen die Minderpest. In den Motiven wird darauf hingewiesen, daß das vorige Jahr für die Beurtheilung der Frage, ob die Minderpestgeißelung eine ausreichende sei, reiche Erfahrungen und viel Material darbiete. Es sei Thatsache, daß trotz des großen und ausgedehnten Ausbruchs der Seuche in Oberschlesien die Unterdrückung derselben mit den vorhandenen Gesetzesbestimmungen sofort bewirkt worden sei. Die preussische Minderpestgesetzgebung habe also auch in schwierigen Verhältnissen genügt. Auch habe sich das in Schlesien geltende und vom Landes-Deconomie-Kollegium für das ganze Land empfohlene Zwangs-Versicherungs-Prinzip bewährt. Nach der heutigen Sitzung hatten sich die Mitglieder des Kollegiums zu einem gemeinsamen Mahle versammelt.

Berlin, 2. März. Hr. Maj. der Königin nahmen heute militärische Meldungen in Gegenwart des Gouverneurs und Kommandanten entgegen, empfingen den Oberstleutnant Grafen Redern und liesen sich vom Chef des Militär-Kabinetts, Geh. Kabinetts-rath v. Müllner Vortrag halten. — Den Kammerherrndienst bei Ihrer Maj. der Königin haben vom 1. bis 15. März die Kgl. Kammerherren Graf Schulenburg-Elbehne und Herr v. Prillwitz übernommen. — Der Regierungs-Präsident v. Prillwitz zu Danzig hat, wie von dort gemeldet wird, die Absicht kundgegeben, demnächst aus dem Staatsdienste zu scheiden. — Der von den Ständen des Kreises Lemplin als erster Kandidat präferirte Regierungs-Assessor Graf Adolph v. Arnim-Boggenburg ist zum Landrath des Kreises ernannt worden. — Die erste Sitzung des Bundesraths des deutschen Zoll- und Handelsvereins fand gestern statt. Der Kanzler des nord-deutschen Bundes bewillkommnete die Bevollmächtigten und bezeichnete als Gegenstände der Verhandlungen die Ausdehnung des Vereins auf Mecklenburg, Lauenburg und Lübeck, in Verbindung mit der Herstellung einer angemessenen Zollgrenze gegen Hamburg; die Befestigung und Erweiterung der vertragsmäßigen Beziehungen zu Oesterreich; Abänderungen der Zollordnung und des Tarifs in Verbindung mit einer gleichmäßigen Besteuerung des einheimischen Tabaks; die Anknüpfung vertragsmäßiger Beziehungen zu Spanien, Portugal und dem Königreich Neapel; eine Reihe von Maßregeln, welche dem Gebiete der Verwaltung angehören. Die Versammlung erledigte den Legitimationspunkt und erklärte sich auf den Vorschlag des Bundeskanzlers damit einverstanden, daß provisorisch ein, der Geschäftsordnung des norddeutschen Bundes nachgebildeter Entwurf angenommen und der Dirkl. Legations-Rath Bucher mit der Füh-

zung des Protokolls betraut werde. Nächste Sitzung heut um 1 Uhr zur Wahl der Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen, für Handel und Verkehr, für Rechnungswesen, für die Geschäfts-Ordnung.

— Ein Berliner Korrespondent schreibt der „Elberf. Ztg.“ vom 29. d. M., daß der Herzog von Braunschweig zu abdichten gedenke, und über die Erbfolge in Braunschweig, welche dem Kronprinzen in Hannover zugewendet werden solle, unterhandele. In wie weit dies richtig ist, wissen wir nicht. Wir haben gehört, daß der Herzog ein Testament gemacht habe, durch welches er den König Georg oder dessen Sohn zu Erben seines gesammten Privat-Vermögens und des Staats Braunschweig bereits eingesetzt habe, und diese Nachricht entspricht der Haltung, welche der Herzog von Braunschweig 1866 und auch nachher vielfach an den Tag legte. Diese Nachrichten, welche übrigens gleich nach der Einverleibung Hannovers auftauchten, gewinnen jetzt größeres Interesse, wo die Publizisten des Königs Georg uns mit der Mitteilung überraschen, daß der Welfenfürst sich noch mit Preußen im Kriegszustand befindet. Das Recht der testamentarischen Verfügung über den Privat-Nachlaß wird Niemand dem Herzog von Braunschweig bestreiten, insofern dadurch nicht Rechte Dritter verletzt werden, worüber die Gerichte zu entscheiden haben würden. Ob aber eine testamentarische Verfügung über das Herzogthum ohne Weiteres als rechtsgültig Platz greifen dürfte, darüber wird uns ja die Zukunft belehren.

— (N. A. Ztg.) Anlässlich der so eben in den österreichischen Delegationen stattfindenden Debatte über das Militär-Budget drückt der „Wanderer“ eine Vergleichstabelle des österreichischen und des preussischen Militär-Budgets ab. Die Positionen des letzteren sind dem Budget von 1864 entnommen, weil in jenem Jahre die preussische Armee ungefähr die nämliche Stärke hatte, wie jetzt das österreichische Heer. Diese Vergleichstabelle ist aus mehr als einem Grunde interessant, besonders beachtenswerth erscheint jedoch die aus derselben ersichtliche Thatsache, daß in Preußen der Administrations-Apparat nicht ganz die Hälfte der Kosten in Anspruch nimmt, die in Oesterreich für diesen Zweck aufgewandt werden. Die interessantesten Posten der Vergleichstabelle lassen wir nachstehend folgen.

Das Kriegeministerium beansprucht in Oesterreich für 496 Köpfe einen Betrag von	641,117 fl.
In Preußen für	171 Köpfe 412,661 „
Die Militär-Intendantur in Oesterreich	988 „ 1,743,147 „
In Preußen	308 „ 1,089,631 „
Adjutantur des Monarchen in Oesterreich	48 „ 172,768 „
In Preußen	10 „ 50,887 „
Generalstab in Oesterreich	628 „ 793,788 „
In Preußen	75 „ 339,161 „
Lazarethwesen in Oesterreich	2454 „ 2,628,338 „
In Preußen	288 „ 1,930,521 „
Militär-Pensionen in Oesterreich	13,952 „ 8,257,399 „
In Preußen	24,639 „ 5,846,912 „

(Hier sind auch Wittwen und Waisen mitgezählt, was bei Oesterreich nicht der Fall.)

Was die Voraussetzung der gleichen Gesamtstärke der beiden Armeen betrifft, erhellt dies aus dem oben angeführten, daß die für die Erhaltung der Truppen veranschlagten Summen ungefähr gleich sind, in Oesterreich 49,934,497 Gulden, in Preußen 46,827,443 Gulden. Die Totalsumme des Militärbudgets stellt sich in Preußen im Jahre 1864 auf 66,941,812 Gulden (die Agiodifferenz bereits mitgezählt) während der österreichische Kriegeminister für eine der Kopfgahl nach gleiche Armee für das Jahr 1868 einen Voranschlag von 72,500,000 Gulden aufgestellt hat. Im Anschluß an diese Parallele lassen wir noch einige Ziffern aus dem soeben veröffentlichten Voranschlag des englischen Kriegeministers für das nächste Verwaltungsjahr folgen. Die Kosten der englischen Armees werden in demselben um 203,200 Pfd. Sterling größer sein, als im laufenden Jahre. Sie betragen in Summa Esterl. 15,455,400, für eine Gesamtstärke von 136,650 Mann, den gesammten Offizieren mit eingeschlossen (595 Mann weniger als im vorigen Jahre). Von der angegebenen Summe kommen Esterl. 13,331,000 auf den aktiven und Esterl. 2,124,400 auf den nicht aktiven Dienst. Die Vermehrung der Voranschläge angesichts der verminderten Truppenzahl entstand durch den beantragten größeren Kostenumschwung für Kasernen (um Esterl. 60,300), für Hospitäler (um Esterl. 105,200), für Militär- und Injektion der Infanterie (um Esterl. 81,950) und für Aulage und Reparatur diverser Bauten (um Esterl. 125,000). Eine Verminderung des Kostenaufwandes ist veranschlagt: in der Rubrik der Besoldung um 90,250 Esterl., im Montirungs-Etablissement um 73,000 Esterl., und im Vertheil der Armeevorräthe um 64,100 Esterl. Es braucht wohl kaum erst gesagt zu werden, daß die Kosten der abyssinischen Expedition in diesen Voranschlägen nicht mit eingerechnet sind. — Die für die Kolonien bestimmte Truppenmacht ist auf 50,025 Mann, und deren Erhaltungsbetrag, welcher in den gesammten Voranschlägen mit eingeschlossen ist, auf 3,388,023 Esterl. angelegt. Den größten Theil dieser Summe (741,155 Esterl.) nimmt Canada für sich in Anspruch. Malta figurirt mit 6510 Mann und einem Kostenaufwande von 364,490 Esterl. für deren Erhaltung; Gibraltar mit 4980 Mann und 306,260 Esterl. und Neu-Schottland mit 3675 Mann und 25,216 Esterl. Was von den Kolonien für die ihnen gewährten Besoldungen dem Staatsschatze an Entschädigungen geleistet werden dürfte, beträgt höchstens 365,700 Esterl. Davon ist für Caylon angelegt: 160,000 Esterl., für Australien 52,900 Esterl. und für Mauritius 45,000 Esterl., während Canada, Neu-Schottland und die westindischen Inseln gar Nichts zum Armeebudget beitragen.

Kürzlich ist eine prinzipiell wichtige, namentlich mit Bezug auf die staatsbürgerliche Stellung der Juden bedeutsame Ministerial-Entscheidung ergangen. Die städtischen Behörden von Plesgnitz hatten nämlich auf Antrag des dortigen Vorstandes der Synagogengemeinde beschlossen, dem jüdischen Religionslehrer für Erhaltung des jüdischen Religionsunterrichts an jüdische Schüler des städtischen Gymnasiums eine Entschädigung zu bewilligen und diese Summe auf den Etat der Gymnasialkasse zu übernehmen. Zu bemerken ist, daß das Gymnasium ganz und gar aus städtischen Mitteln, also ohne jeden Zuschuß aus Staatsmitteln erhalten wird. Dessen ungeachtet hat der Unterrichtsminister in letzter Instanz entschieden, daß jene Entschädigung nicht auf den Gymnasial-Etat übernommen werden darf; dagegen sonst aus der Stadtkasse gezahlt werden kann. Zum letzteren bedarf es allerdings keiner Genehmigung, während die erstere Entscheidung schwer zu erklären ist, um so schwerer, als der hannoversche Provinzialfonds ausdrücklich für jüdische Kultus- und Unterrichtszwecke mit verbandt wird.

Wie erinnerlich, wurde nicht lange nach der Besservergütung Hannovers durch Preußen, unter Mitwirkung des Geh. Regierungsraths Steiber, ein auf Landesverrath lautender Prozeß in Aussicht gestellt, von welchem später jedoch Nichts zu Tage trat. Zu den damals mit großem Geräusch veröffentlichten gehörte auch ein Baquier in Hannover, Oberformversteher-Rath Giesel Simon, welcher alsbald, gegen Erlegung einer Kaution von 10,000 Thlr. seiner Haft entlassen wurde. Jetzt sind die 10,000 Thlr. dem Hrn. Simon zurückgezahlt worden.

Während des Jahres 1867 wurden bei der preussischen Armee durch alle höheren Chargen bis zum Major abwärts 237 Offiziere in den Pensionstand versetzt. Dagegen schieden aus dem letzteren Verhältnis in den gleichen Chargen und während desselben Zeitraums durch eingetretenen Tod 147 Offiziere aus, so daß bei der obengenannten Kategorie am Schlusse des Jahres 90 Generale und Stabsoffiziere in Zuwachs gekommen sind.

Die Pferdebrankäufe für französische Rechnung nehmen, wie dem „Frankf. J.“ aus Köln geschrieben wird, ihren Fortgang und waren in jüngster Zeit in Holftein, Oldenburg und Hannover sehr bedeutend. Ein Theil dieser Pferde kam vor einigen Tagen durch Köln und wurde per Eisenbahn weiter befördert.

Der Ausweis über die Lage der französischen Bank, welchen der „Moniteur“ wöchentlich giebt, besagt unter Anderem, daß der Baarbestand derselben in der Zeit vom 20. bis 27. v. Mis. von 1,109,010,039 Fracs. auf 1,126,956,314 Fracs., also fast auf 18 Millionen Fracs. gestiegen ist. Es liegt in diesem Sachverhältnis wohl der Beweis, daß auch in Frankreich eine große Geschäftstodung vorhanden ist.

Gestern Nachmittag waren die Minister im auswärtigen Amte zu einer Konferenz versammelt.

Wie wir hören, hat der Gehelme Ober-Medizinal-Rath Frerichs in Begleitung des Prof. Zellkamp am Sonntag eine Reise nach dem Orient angetreten. Die Herren denken, gegen Ende Mai wieder in Berlin zu sein, nachdem sie Egypten, Syrien, Konstantinopel u. s. w. besucht haben.

Der dem dänischen Bevollmächtigten Hrn. v. Quaae zum technischen Beirath der Verhandlungen wegen Nordschleswig attachirte Prof. Larsen ist nach Kopenhagen gereist; er wird, wie es heißt, in etwa 14 Tagen hierher zurückkehren.

Die Königin hat in Anerkennung der von dem zweiten Bataillon des Königs-Orenadler-Regiments in dem Gefechte von Salsitz 1866 bewährten Tapferkeit der Fahne desselben ein gelbrothes Sammet-Fahnenband mittelst allergnädigsten Widmungsschreibens übersandt. Das Bataillon garnisonirt jetzt in Plesgnitz.

Hannover, 29. Februar. Die „N. Hann. Ztg.“ bringt folgende Notiz: „Aus Berlin wird uns von zuverlässiger Seite geschrieben: In den nächsten Wochen dürfte die definitive Anstellung aller Amtshauptleute (statt Amtmänner) erfolgen. In der Mehrzahl dürften die bereits fungirenden Beamten beibehalten werden und nunmehr eben ihr definitives Patent erhalten. Für Kurhessen und Nassau wird alsbald die Ernennung von Landräthen geschehen. — Die Königl. Postverwaltung hat dem „Tagbl.“ zufolge das Fotl. Royal für 100,000 Thlr. angekauft.“

Frankfurt a. M., 29. Februar. Man vernimmt, daß eine neue Volkszählung hier vorgenommen werden soll, da die Volkszählung am Ende des vergangenen Jahres die Bevölkerungsverhältnisse ungenau herausstellte. Herr Polizeipräsident v. Madat macht heute im Amtsblatt bekannt, daß die Rückzahlung der während des Krieges von 1866 vom Rechnungsbuch anteilweise aufgeschobenen 1,200,000 fl. bis zum Oktober d. J. aufgeschoben werden müsse, weil die Nothwendigkeit noch nicht brenndet sei. — Frau Generalin Miramon, Gemahlin des mexicanischen Generals, welcher zugleich mit Kaiser Maximilian in Queretaro erschossen wurde, ist hierher übergesiedelt.

Frankfurt a. M., 2. März. Der Prinz Napoleon ist hier angekommen und im Hotel de Russie abgestiegen.

Hamburg, 29. Februar. Der hamburgische Bevollmächtigte zu dem auf den 2. März nach Berlin einberufenen Bundesrath des deutschen Zollvereins, Bürgermeister Dr. Kirckenpauer ist heute nach Berlin abgereist. — Ueber die hier gepflogenen Verhandlungen über die Zollgrenze und was damit zusammenhängt, hebt man Folgendes: Es ist Verständigung erzielt über die Errichtung eines Hauptzollamts in Hamburg mit den ausgedehntesten Befugnissen, sowie von Abfertigungsstellen für die Fahrpost, für die verschiedenen Eisenbahnhöfe und die oberelbischen Schiffe, sowie auch, wie schon früher gemeldet, über die Errichtung einer Zollvereinsunterlage. Dagegen ist noch ein sehr schwieriger Punkt der finanzielle, unerledigt. Die preussische Regierung nämlich in Vertretung des Zollvereins stellt das Verlangen, daß Hamburg

